

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Erscheinungszeit der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auer Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unzerlegt eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Rechtsanwältin Frau Dr. med. Johanna Schwanberg, Auer, am Markt 10. Dr. med. Johanna Schwanberg, Auer, am Markt 10. Dr. med. Johanna Schwanberg, Auer, am Markt 10.

gerahmt  
Verleben  
der Zeit  
falls von  
sich selbst  
sprach es  
war es  
macht.  
A haben  
und doch  
ihn kein  
Anleitung  
umfängliche  
hier auf  
e rubige  
gelungen

und Pa-  
nft über-  
Anhalts-  
Bestimm-  
ber ersten  
Alle die-  
vattleben  
t, als et  
n über-  
ich nicht  
och noch  
Meinste,  
er fand  
ht, da es  
nachdem

Nr. 290

Freitag, den 13. Dezember 1918

13. Jahrgang

### Reichstageeinberufung gegen den Willen der Regierung.

#### Sozial oder sozialistisch?

Jeden Tag liest man in irgendeiner Rundgebung, gestern z. B. im Programm des Zentralmarinerechenschaftes, daß er auf dem Boden der „sozialistischen“ Republik steht. Und die deutsche Demokratische Partei sagt, daß auch sie einen „sozialen“ Staat strebt auf demokratischer Grundlage. Und oben drein steht auch noch die alte Sozialdemokratie: eben Sozialdemokratie.

Wollen sie alle wirklich das selbe? Besteht kein Unterschied zwischen „sozial“ und „sozialistisch“? O doch! Ein gewaltiger. Beide Worte kommen von „sozial“ — d. h. „Gesellschaft“ her. Das ist richtig, aber das ist auch das Irreführende.

„Sozialistisch“ ist nun die Lehre der Sozialdemokraten und aller Sozialisten. „Sozial“ ist die Lehre aller bürgerlichen Demokraten. Die Sozialisten gehen vom Glauben aus, daß alle Menschen von Natur gleich sind, oder doch gleich werden können; die bürgerlichen Demokraten sind der Überzeugung, daß alle Menschen verschieden sind und verschieden bleiben werden. Sie wissen, daß das ganze Volk, die Reichen wie die Armen, aus fleißigen und Faulen, Klugen und Dummen, Sparsamen und Verschwendern, Tüchtigen und Untüchtigen besteht und immer bestehen wird. Die bürgerlichen Demokraten gehen vom Idealwort aus, „daß jeder mit seinem Punkte wuchern soll“, keiner „sein Licht unter den Scheffel stellen“ darf oder gar verbündert werden dürfe, sein Licht leuchten zu lassen — die Sozialdemokraten sehen auf dem Standpunkte: „Selig sind die geistig Armen“ — sie sollen schon auf Erden das Himmelreich haben.

Welche, die „sozialistischen“ wie die „sozialen“ wollen für alle das höchste Recht, die höchste Gerechtigkeit. Zwischen dem aber, was die einen und die anderen für das höchste Recht halten, ist ein ebenso großer Unterschied wie zwischen dem „Rechtsfrieden“ wie wir, und dem „Rechtsofrieden“ wie die Engländer ihn haben wollen.

Wir wollen, daß jeder „Wert“ auch in Zukunft Reichsfänger werden könne, gleichviel ob er Sattler, Schuster oder Beamter oder Großindustrieller sei, die Sozialisten wollen, daß jeder Sattler oder Fabrikarbeiter Kanalarbeiter werden könne, auch wenn er nicht ein Wert ist. Die Sozialisten wollen alles gleich machen, weil sie glauben, daß alle Menschen gleich sind und sehen darin die höchste Gerechtigkeit. Wir wissen, daß die Menschen ungleich sind und sehen in der Gleichmachung die höchste Ungerechtigkeit.

Aber weil es Dumme und Kluge in allen Schichten des Volkes gibt, wollen wir es allen Klugen und Tüchtigen erselchtern, an die richtige Stelle zu kommen. Darum wollen wir allen die gleichen Rechte im Staate und am Staate geben, aber die Pflichten nach der Kraft des einzelnen bemessen, dem Starken und Reichen mehr auferlegen, als dem Schwachen. Wir wollen aber auch den Klugen und Tüchtigen anspornen! Er soll gewinnen, verdienen, reich werden dürfen, damit er durch seine Tüchtigkeit dem ganzen Volke nahe. Denn wir glauben, daß jeder Mensch — auch der Sozialist — an erster Stelle doch an „sein eigenes und der Seinen Wohlergehen denkt und nur so für die Allgemeinheit zu gewinnen ist.

So wollen wir: für höhere Leistung — höheren Lohn; für höheres Wissen — höheren Gehalt; für höheres Können — höhere Stellung. Aber allen wollen wir ein anständiges Leben als Entgelt für ihre Arbeit bieten.

„Sozialistisch“ bedeutet letzten Endes, alle Menschen, alle Interessen gleich machen und zusehen, was dabei herauskommt, nämlich Stillstand, Bürokratie, Zwangswirtschaft, Armut. „Sozial“ heißt bedeutet, die verschiedenen Interessen in höchster Gerechtigkeit miteinander in Einklang bringen.

greifende Kriegsschädigung festzusetzen. Als Grundsatz verkündete Lloyd George, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit, d. h. bis zum Weißbluten, zahlen soll.

Nach jetzt vorliegenden Meldungen führte Lloyd George weiter aus: In jedem zivilisierten Lande der Welt wird bei Bericht der verkündernde Teil zur Zahlung verurteilt. Es handelt sich nicht um eine Frage der Rache, sondern der Gerechtigkeit. (1) Außerdem habe der Krieg Deutschland weniger gekostet als England. Unsere Kosten betragen, glaube ich, 8000 Millionen Pfund, Deutschlands Kosten ungefähr 6000 oder 7000 Millionen Pfund. (140 Milliarden Mk.) Diese Summen verteilen sich bei uns auf eine Bevölkerung von 46 Millionen, während Deutschlands Bevölkerung 70 Millionen beträgt. Diese würde uns in der Zukunft in Nachteil setzen. Das ist der Grund, warum Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll. Lloyd George sagte, er gebrauche diese Worte, um seine falsche Meinung zu erwecken. Vor dem Krieg sei der Reichsruhm Deutschlands auf 15 bis 20 000 Millionen Pfund geschätzt worden. Die Rechnung betrage 24 000 Millionen Pfund (11), so daß der ganze Reichsruhm Deutschlands nicht dafür ausreichen würde. Er wünsche nur zwei Bedingungen zu machen: 1. daß nicht für unbestimmte Zeit eine große Besatzungsarmee in Deutschland gehalten werden soll und 2. daß die Zinsen des Geldes nicht dadurch abgetragen werden sollen, daß England mit billigen Waren überflutet wird. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit haben wir das absolute Recht, die gesamten Kriegskosten von Deutschland zu verlangen (11) und wir beabsichtigen auch, sie zu verlangen. Bezüglich des Kaisers sagte Lloyd George, es stehe zweifellos fest, daß er ein Verbrechen gegen die nationale Kräfte begangen habe und dafür zur Verantwortung gezogen werden müsse. Amerika werde zweifellos derselben Ansicht sein. Der Kronprinz sei sicher einer der Mitschuldigen und nach dem vorliegenden Beweismaterial vielleicht ein Hauptankläger. Ueber die Deutschen in England sagte Lloyd George: Sie werden nicht lange in diesem Lande sein. Ich kann euch versichern, daß man sie hinausjagen wird und daß sie nicht wieder hereinkommen. (Beifall.)

In einer anderen Rede sagte Lloyd George: Die Regierung hat Ihnen ihr Friedensprogramm mitgeteilt. Es ist ein Programm strengster Gerechtigkeit. (1) Es darf keine Rache geben. Gerechtigkeit ist nicht Rache. An denjenigen, die dafür verantwortlich sind, daß die Welt in dieses Elend gestürzt wurde, muß strenge Gerechtigkeit geübt werden. Diejenigen, die den Krieg begonnen und ihn unterhalten haben, müssen bis zum letzten Pfennig zahlen. (Lobhafter Beifall.) Wir werden zu diesem Zweck ihre Taschen untersuchen. (Gelächter.) Es hat keinen Zweck, über den Weltfrieden zu sprechen, wenn man Deutschland erlaubt, in einem Augenblick, wo der Krieg vorbei ist, seine Arme von 4 bis 5 Millionen Mann auszubauen. Dieser Versuch muß von Anfang an vereitelt werden, und wenn das mit Deutschland geschieht, muß es auch hier geschehen. Den Schuss aber, den die Flotte gewährt, werden wir nicht aufgeben, wer immer auch das verlangen mag.

Die Sprache, die der englische Minister hier führt, ist ganz die Sprache eines freien und hochmütigen Straßenzüglers. Es ist die Sprache, die wir aus Lloyd Georges Munde schon oft vernommen haben. Und da glaubt man, Deutschland in den Völkerbund zu bekommen?

Weshalb über die Freiheit der Meere. Der frühere britische Staatssekretär des Meeres, Lord Grey, hielt in Dewsbury eine Rede über die Freiheit der Meere, in der er sagte: Wir sorgen im Friedenszeit in viel weitergehendem Maße für die Freiheit der Meere, als irgend ein anderes Volk. Ich glaube, wir sollten für die Tatsache, daß wir die britische Seemacht in Friedenszeit niemals dazu verwenden, das Befahrrecht der Meere für uns selbst leichter zu machen, ohne es gleichzeitig auch unter denselben Bedingungen für andere zu erleichtern, etwas mehr Anerkennung ernten, als wir tatsächlich fanden. Bezüglich der Freiheit der Meere in Kriegszeit möchte ich sagen, daß die Vereinigten Staaten,

als sie in den Krieg eintraten, mit der Durchführung der Blockade nicht nur einverstanden waren, sondern auch mit allen Kräften dabei mitwirkten. In den früheren Stadien des Krieges war die Blockade nicht annähernd so vollständig, weil die Vereinigten Staaten viele Einwände erhoben. Aber in den späteren Kriegsjahren wurde die Blockade mit Hilfe der Vereinigten Staaten vollständig gemacht. Ohne diese Blockade wäre der Krieg nicht gewonnen worden. Das ist wenigstens ein in seiner Brutalität bemerkenswert offenes Geständnis!

#### Enthüllungen des Grafen Czernin.

##### Die deutschen Militärs als Friedenshinderer.

Graf Czernin hielt in Wien am Mittwoch vor Politikern und Zeitungsvertretern eine Rede, in der er manche bisher unbekanntes Documente von historischer Bedeutung mitteilte. Graf Czernin betonte, daß Oesterreich-Ungarn immer wieder die deutsche Hilfe gebraucht habe und daher auf Leben und Tod mit Deutschland verbunden gewesen sei. Es gab einen einzigen Augenblick in der Geschichte des Krieges, in welchem ein Friedensschluß für uns hoffnungsvoll erschien, das war nach der berühmten Schlacht bei Gorlice, als die russische Armee zurückzutreten. Die Zukunft wird beweisen, welche große Bemühungen Oesterreich machte, um Deutschland zur Ruchgiebigkeit zu veranlassen. Wenn diese Versuche mißlingen, so liegt die Schuld nicht an dem Volk, nach meiner Ansicht auch nicht am Deutschen Kaiser, sondern bei den führenden Militärs, welche eine solche Machtvolle an sich gerissen hatten.

Graf Czernin erklärte weiter: Im April 1917 überreichte ich Kaiser Karl ein Exposé, das von ihm Kaiser Wilhelm überbracht wurde, mit dem Bemerkten, er teile meine Auffassung. Dieses Exposé hatte folgende wesentliche Stellen:

Es liegt völlig klar, daß unsere militärische Macht ihrem Ende entgegengeht. Es verweist auf die zur Reize gehenden Rohmaterialien für die Munitionserzeugung, sowie auf die vollständige Erschöpfung des Menschenmaterials und vor allem auf die dumpfe Verzweiflung, die sich insbesondere infolge der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat. Wenn man auch hoffe, daß es gelingen werde, die alternativen Monate durchzuführen und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so sei man sich doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig aussichtslos sei. Im Exposé heißt es weiter:

„Ich glaube nicht, daß die innere Situation in Deutschland wesentlich anders steht, als hier. Zudem befürchte ich, daß man sich in Berlin in militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kraft angelangt ist, was die verantwortlichen Faktoren in Berlin auch gar nicht leugnen. Ich bin fest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches eine Umwälzung ergeben würde, welche mir als Gegen erscheint, als ein von uns abgeschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten Frieden zu schließen, so wird das Volk aber ihre Köpfe hinweg blasen tun, und die Wogen der Revolution werden alles hinwegtreiben, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben.“

Ist das richtig, wie es hier berichtet wird, so hat sich Czernin damit als der klare Kopf erwiesen, für den wir ihn stets gehalten haben. Zunächst wichtig aber ist die Anklage gegen die deutschen militärischen Machthaber, die sich einem Friedensschlusse widersetzen und die das deutsche Volk über die militärische und wirtschaftliche Lage so grausam zu täuschen suchten, während sie selbst die Wahrheit genau gekannt haben. Sie sollten ohne Gnade einer strafenden Gerechtigkeit zugeführt werden.

#### Deutschland soll bluten.

Was Lloyd George fordert. Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß der englische Ministerpräsident Lloyd George in einer Rede mitgeteilt hat, daß eine Kommission der Alliierten gebildet worden ist, um die von Deutschland heraus-

ne.  
anne  
1.25  
6.50  
2.45  
8.50  
2.48  
3.85  
4.08  
4.23  
1.85  
25  
Aue.  
en Ehren-  
stroh  
aterhausa  
hrongeleit  
stand.  
hren  
rat,  
Garantie,  
Partenstr. 31.  
ein. Ver-  
kaufe im  
verlesen.  
erung auf  
g ein.  
Str. 1.  
Wohne-  
ter, Wor-  
t,  
5571 an  
M. erbrt.  
doline,  
aufheit  
ollektiv. 8.  
wunsh.  
br. wänth  
Ullmer in  
am. Helrat.  
Wohnort  
Auergebirg.  
ährige  
mittler.  
burg 5.

# Die Waffenstillstandsberatungen in Trier

**Die Einwirkung der deutschen Delegierten.**  
Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstandes beratenden Delegierten ist gestern vormittag in Trier einberufen worden. Die Verhandlungen wurden in einem D-Bus am Bahnhof geführt. Der bereits gemeldete strengste Ausschluß der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen peinlichst durchgeführt. Die Mitglieder der deutschen Kommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art von der Welt abgetrennt, sondern auch der Meinungsaustausch mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die peinlichste Kontrolle gestattet. Dieser Vorgang widerspricht jedem Verkommen und steht in schärfstem Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerrechts, um so mehr, als diese Abschließung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

**Verlängerung des Waffenstillstandes.**  
Nach Pariser Berichten, haben die deutschen Vorstellungen in England Behör gefunden, und die Verlängerung des Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denke in Wirklichkeit kein Mensch daran, nach dem 17. Dezember die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, weil Deutschland die Bedingungen nicht habe erfüllen können. Aus London wird berichtet, man rechne auf die Demobilisation der englischen Flotte im Mai, ein Termin, für den man den Friedensschluß ansetzt.

**Die Lamer der englischen Besetzung.**  
Donar Law sagte in einer Rede: Man habe die Wahlen nicht bis zur Rückkehr der Soldaten ausführen können. Die Soldaten würden frühestens am Ende des nächsten Sessionsjahres, also ungefähr im August 1919, zurück sein.

## Herr Barth und die Waffenbeschaffung.

Die Mitteilung des Russen Joffe, daß er mehrere 100 000 Mark im Umlaufstande mit den Herren Gault und Barth für die Waffenbeschaffung für die deutschen Arbeiter bezichtigt habe, ist bekümmert worden. Damit ist die Angelegenheit freilich nicht klar. Auch ein Artikel des Herrn Barth in der „Reichszeitung“ der sich betitelt: „An den Vaterlandskämpfer“ (nämlich mit den deutschen Kriegspolitikern), verbreitet nicht mehr Licht. Herr Barth, Mitglied der deutschen Reichsregierung, leugnet nicht, monatelang im eminent revolutionären Sinne tätig gewesen zu sein. Er schreibt: „Ich leugne nicht, mehrere tausend Schusswaffen und mehrere tausend Danngarnaten zur Ausrüstung der Berliner Arbeiterkassen bestellt zu haben. Ich leugne auch nicht, daß diese Waffen durch eine vorläufige Organisation über ganz Berlin verbreitet gewesen sind. Ich leugne nicht, daß es keine Großbetriebe in Berlin gegeben, die nicht bei dem Ausbruch der Revolution in der Lage gewesen wären, mit ihrer Schutzmacht an der Spitze der Schutzeinheiten zu werden. Ich leugne nicht, daß, wenn es zum Kampfe gekommen wäre, es viele Opfer gekostet hätte. Ich möchte es mir aber ganz ernstlich verbitten, von irgendwem um irgendwem mir sagen zu lassen, daß ich im Interesse des Auslandes tätig gewesen sei.“

Ich war tätig für die Revolution, für den Sozialismus, für die Menschheit. Ich war tätig, um eine illegale Organisation von vielen Tausenden zu schaffen, die, obwohl sie nicht im Schützengraben lagen, obwohl sie, die angeblich so hohe Köhne bezogen, bereit waren, freudig ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um Millionen brauchen an der Front das Leben zu retten. Es ist nur bedauerlich, daß dies erst im Jahre 1918 und nicht schon einige Jahre früher geschah. Wäre dies früher geschehen, dann wären Millionen von Menschenleben erspart und Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt geblieben.

Das alles ist wahr. Wahr ist weiter, daß von dieser illegalen Organisation die Leitung der U. S. V. (Unabh.) erst erfuhr, als daran absolut nichts mehr zu ändern war. (1) Ich konstatiere gern, daß dann, auch nicht von einem einzigen Bedenten erhoben worden sind, sondern daß sie sich alle voll und freudig der notwendigen Aufgabe widmeten. (2)

Am Schluß des Artikels werden Drohungen der „Deutschen Tageszeitung“ durch Gegenrohungen beantwortet. Die deutschen Kriegspolitiker möchten sich merken, daß ihr Ruf nach dem Vaterlandskampf sehr leicht sie zu besten erster Herbe machen könnte. Wir sind zum Frieden gewillt, zum Kampfe bereit.“

Meinen die Herren Gault und Scheldemann beilegt nicht auch, daß ein verantwortlicher deutscher Politiker eigentlich etwas anders sprechen möchte?

Interessant ist es jedenfalls, daß Herr Barth die Berliner Arbeiterkassen so insgeheim bewaffnen konnte, ohne daß die damaligen Berliner Behörden, die sonst s. B. hinter jedem harmlosen Ausländer Spion zu machen suchten, eine Ahnung davon hatten.

**Neue politische Wetungen.**  
Ein neuer Schweizer Bundespräsident. Die vereinte Bundesratsversammlung in Zürich wählte den Bundesrat Gustav H. von Weis zum Bundespräsidenten. Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde W. O. gewählt. Bundeskanzler wurde der bisherige Bundeskanzler v. Steiner.

Das Abschiedsgesetz des Staatssekretärs Graf. Die schon seit längerer Zeit bestehenden Unstimmigkeiten zwischen dem Staatssekretär des Außerwärtigen Amts Dr. Graf und den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie im Rate der Volksbeauftragten haben sich bereit ausgedrückt, daß sich Dr. Graf nunmehr zur Einreichung seines Abschiedsgesetzes entschlossen hat.

Ergebnisse. Aus Petersburg wird mitgeteilt, daß auf Befehl des Kommandanten General Kusnezow, der frühere Befehlshaber der russischen Nordfront, und General Kablo Dimitriew, der Befehlshaber der russischen Armes in Ostasien, erschossen wurden.

Belgische Gewalttaten in Aachen. Alle die sozialdemokratische Zeitung „Der Volk“ in Amsterdam meldet, haben am Sonntagabend belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, mißhandelten die Bewohner und erschossen einen Demeister. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Wilson's Rückkehr. Nichtamtlich verlautet, daß Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wird.

Ein Komitee ausländischer Sozialisten in Berlin. Von einer Gruppe in Berlin anlässiger ausländischer Sozialisten ist ein Komitee gegründet worden, das sich die Verbreitung der sozialistischen Ideen in Europa, Aufklärung unter den Arbeiterklassen aller Länder über das Wesen und die Bedeutung der russischen und der deutschen Revolution sowie die Forderung eines dauernden internationalen Friedens zur Aufgabe gestellt hat.

Vorläufig keine Revolutionen. In der Presse war mitgeteilt worden, daß am 1. Januar auf Veranlassung der preussischen Staatsregierung Revolutionsfeiern veranstaltet werden würden. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, von Revolutionsfeiern am 1. Januar abzusehen. Es ist möglich, daß die Feiern auf den 1. Mai verschoben wird.

Eine österreichische Regierung auf tschechischem Gebiet. Der Landeshaupmann von Deutsch-Böhmen Dr. v. Lodgman hat sich mit den geschäftsführenden Mitgliedern der Landesversammlung, deren Sitz bisher in Reichenberg war, nach Pilsen begeben und wird von hier aus die Geschäfte Deutsch-Böhmens führen. Dr. v. Lodgman hat funktentelegraphisch an den Kriegsrat in Versailles die Bitte gerichtet, die Entente möge durch ihre Truppen, namentlich durch die Amerikaner, Deutsch-Böhmen besetzen lassen. In Wiener politischen Kreisen verlautet, daß die Besetzung von Reichenberg, Trautenau, Komotau und Troppau unmittelbar bevorsteht. Gabelung wurde von den Tschechen befehlet.

## Von Stadt und Land.

### Gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften.

Das Ortsgesetz über die Gemeindevahlen.

Gestern nachmittag fand im Stadtverordneten-Sitzungsraum zunächst eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der städtischen Körperschaften zur Durchberatung des neuen Ortsgesetzes über die Stadtverordnetenwahlen statt.

Bürgermeister Hofmann leitete die Sitzung. Er führte in der Vorberichterstattung über das Ortsgesetz u. a. aus, daß es sich um ein Wahlgesetz handele, das gewissermaßen nur für eine einzige Wahl gelte. Nach kurzer Erläuterung der Vorarbeiten über die Wahlgesetze der verschiedenen Bestimmungen der Verfassung des tschechischen Reiches wurde die Wahlgesetze vom 28. November über die Gemeindevahlen und folgende blauen, den bisherigen Wahlgesetzen mit keinen hervorstechenden Bestimmungen werde man keine Träne nachweinen. Denn diese nun vorliegenden Gesetze haben bis zum Erlaß eines tschechischen Wahlgesetzes und deshalb empfehle es sich, nur das Notwendigste zu regeln und das Ortsgesetz über die Gemeindevahlen so kurz wie möglich zu halten. Der Redner erläuterte dann die wichtigsten Bestimmungen des neuen Ortsgesetzes, das die Stadtverordnetenwahlen für die im Jahre 1919 stattfinden. Man werde den übrigen Gemeinden des Bezirks Schwarzenberg von diesem Wahltermin Mitteilung machen, um vielleicht einen einheitlichen Wahltag für den ganzen Bezirk herbeizuführen. An der Zahl der Stadtverordneten (27) ändere sich gegen früher nichts. Zum letzten Male des § 7 (Einschreibung von Wahlvorschlägen findet nicht statt) machte Bürgermeister Hofmann eingehende Erläuterungen, um zunächst das Wesen der Verhältniswahl darzulegen, was das gerechteste Wahlrecht darstelle, da es auch den Minderheiten zum Rechte verhilft. Dann erläuterte er in lichtvoller Weise die Systeme der freien, gebundenen und verbundenen Wahlen und verwies besonders auf die Vorteile der letzteren, die vor allem in der Abschwächung des Wahlkampfes und dadurch in der Vermehrung der Stimmernützlichkeit liegen. Außerdem können durch die verbundenen Wahlen bei der Ausübung der betreffenden verbundenen Gruppen unerwartet Mandate zufließen. Redner beschränkte sich darauf, die Wahlgesetze des vorerwähnten letzten Satzes des § 7 und Einführung eines neuen § 8a, wonach mehrere Wahlvorschläge miteinander verbunden werden können. Im übrigen hatte Bürgermeister Hofmann an dem Ortsgesetz und seinen beiden Anlagen keine oder nur unwesentliche Änderungen zu machen.

Vorsitzender Raabe meinte, daß nach den ausführlichen Erläuterungen des Bürgermeisters wohl kaum eine längere Diskussion notwendig sein werde. Im übrigen sprach er sich für die unveränderte Annahme des Ortsgesetzes bzw. Annahme der vom Bürgermeister für § 7 vorgeschlagenen Änderungen aus.

Stadtrat Siegler erklärte sich gegen verbundene Listen, die bei den Wahlen wieder einen bürgerlichen Mißbrauch ergeben werden, wie er schon vor der Revolution bestanden habe. Die Listen seien ein neues Agitationsmittel für die bürgerlichen Parteien.

Stadtrat Selbmann sprach sich im Interesse eines Überganges der verbundenen Listen aus. Man müsse die bisherige Wahl des Bürgerturns in Berufsgruppen berücksichtigen. Schon haben die Beamten beschlossen, ihre eigene Liste aufzustellen. Aus diesen — und nicht aus agitatorischen — Gründen müsse er für verbundene Listen eintreten.

Stadtrat Waedt erklärte sich im Interesse der Mehrheit der Bürgerkassen als für die verbundenen Listen.

Stadtrat Jettel sprach sich gegen verbundene Listen aus. Deshalb beantragte er Erziehung des § 8a.

Bürgermeister Hofmann schiederte gegenüber den Bedenken des Stadtrats Jettel die demoralisierenden Wirkungen des „Kartellsystems“ im alten Wahlverfahren im Vergleich mit dem jetzigen System der verbundenen Listen.

Stadtrat Gersch meinte, er habe geofft, das Bürgerturn in die alte Weise vorzuführen — jetzt selge es sich, daß wieder so und so viele Interessentengruppen aufstehen, die durch verbundene Listen im irrenden sind wollen. Das sei bedauerlich. Er und seine Partei würden lebenslang gegen die verbundenen Listen kämpfen. Redner äußerte auch noch Bedenken gegen die Fassung des § 8 der Anlage 2 mit Bezug auf die Abtragung des Wahlabstimmens, wozu die Urschläge für die Stimmzettel nicht verwendet werden sollen.

Stadtrat Jettel stellte fest, daß die Beamten zur Erzeugung haben, eine selbständige Liste aufzustellen. Sie hätten sich ihre Wahlbestimmungen noch vorbehalten. Alles komme darauf an, ob man die Stadtverordnetenwahlen vom politischen oder vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachte. Vom ersteren Standpunkte aus sei jetzt das gegebene Augenblick zur Gegenüberstellung bürgerlicher und sozialistischer Kandidaten gekommen.

Stadtrat Siegler forderte im Interesse der Wahrung des Wahlbestimmungen die Abschaffung von Urschlägen für die Stimmzettel. Bürgermeister Hofmann erklärte, daß dem keine Bedenken gegenüberstehen würden.

Vorsitzender Raabe erklärte gegenüber dem Stadtrat Gersch, daß von „im irrenden sind“ bei den bürgerlichen Parteien nicht die Rede sein könne, wenn diese an den Reichswahlbestimmungen festhalten würden. Auch könne man nicht erwarten, daß die bürgerlichen Parteien sich von heute auf morgen so geschlossen organisieren wie z. B. die Sozialdemokratie.

Stadtrat Lehmann beantragte Forderung des § 8 dahin, daß die Stadtverordneten nur auf zwei, statt auf drei

Jahre gewählt werden sollen. Im übrigen verwies er darauf, daß von den Volksbeauftragten in Sachen verbundene Listen nicht gewünscht wurden.

Bürgermeister Hofmann berichtigte diese Auffassung als einen Irrtum des Stadtrats Lehmann. Bezüglich der Wahldauer der Stadtverordneten habe das tschechische Staatsministerium selbst drei Jahre als Regel angegeben.

Stadtrat Pfeiler betonte, daß im Ortsgesetz eine Bestimmung über die Wahlzeit fehle. Im übrigen polemisierte er gegen den Stadtrat Raabe, dem gegenüber er darauf hinwies, daß es jetzt keine Interessentengruppen mehr geben dürfe, sondern daß jeder sein Interesse dem großen Ganzen unterordnen müsse.

Stadtrat Waedt schlug eine Wahlzeit von 9 bis 8 vor gegenüber dem Vorschlage des Bürgermeisters von 10 bis 8.

Stadtrat Selbmann sprach sich gegen eine so weitgehende Verkürzung der Wahlzeit aus, namentlich im Interesse der Frauen.

Stadtrat Gersch trat für eine Vermerkung der Wahlbezirke ein, um das Wahlgeschäft zu erleichtern und eine lange Wahldauer zu verhindern.

Die Abstimmung.

Es wurde nun paragraphenweise die Abstimmung über das Ortsgesetz vorgenommen. Abgelehnt wurde der Antrag zu § 1, die Wahlzeit von 9 auf 8 und der Antrag Selbmann, die Wahlzeit von 9 auf 7 Uhr festzusetzen. Angenommen wurde der Antrag des Bürgermeisters Hofmann, die Wahlzeit von 10 bis 8 Uhr festzusetzen. Zu § 3 wurde der Antrag Lehmann, die Wahldauer der Stadtverordneten von drei auf zwei Jahre herabzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde ferner der Antrag Raabe auf Einschreibung des § 8a in das Ortsgesetz (über Einführung verbundener Listen) als § 7a. Zu § 5 der Anlage 2 machte Stadtrat Gersch Bedenken gegen Urschläge (in die etwa 12 000 erforderlich) für die Stimmzettel geltend wegen der derzeitigen Schwierigkeiten der Beschaffung und wegen der Kosten. Es wurde aber der Satz „Urschläge werden bei der Abgabe von Stimmzetteln nicht verwendet“ auf Beschluß des Kollegiums aus § 5 gestrichen, jedoch die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes über die Verwendung von Urschlägen von selbst in Kraft treten.

Stadtrat Schubert bat um Vornahme der Wahlen für den Wahlprüfungsausschuß, in den die Stadtverordneten der Mittelstufe zu entsenden haben. Damit war die Beratung des Ortsgesetzes und die gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften beendet. Es folgte eine

Sitzung der Stadtverordneten.

Satzung der Wohlthätigen-Stiftung.

In der letzten Sitzung wurden an dem Entwurf zur Satzung der Wohlthätigen-Stiftung vom Kollegium gewisse Änderungen vorgenommen, denen der Rat teilweise zustimmte und die teilweise abgelehnt hat. Das Kollegium trat darauf der ursprünglichen Fassung der Satzung einstimmig bei.

Verechnungsgeld zur Abführung des unwirtschaftlichen Bauaufwandes.

Auch diese Angelegenheit hat das Kollegium in der letzten Sitzung bereits beschloß. Es wurde an den Rat zur Überbringung weiterer Unterlagen zur Überweisung. Solche Unterlagen wurden nun beigebracht und Vizepräsident Waedt machte daraus einige Mitteilungen. Der Bauausschuß empfahl Begünstigung des Baues von Kleinwohnungen. Begünstigung von Kleinwohnungen und empfahl ferner Übernahme eines Zuschusses. Der Rat der Stadt beschloß, als Verechnungsgeld 10 000 Mark in Vorschlag zu bringen.

Bürgermeister Hofmann begründete die Notwendigkeit der Vorlage mit Rücksicht auf die im Jahre herrschende und noch zu erwartende Wohnungsnot. Es sei zwar hier noch kein Notstand eingetreten, aber das könne kommen. Wenn die Stadt nicht eingreife, werde niemand bauen, niemand das Risiko des Bauens übernehmen wollen. Eine Wohnungsnot in die Jahre werde aber auch zu einer großen Krise der Mietpreise führen, die niemand wünsche. Überbiete habe die Verschärfung an der Wiederaufnahme der Bauaufsicht das lebhafteste Interesse.

Nach kurzen Bemerkungen des Stadtrats Selbmann wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Erwerbslosenfürsorge.

Es liegt ein vom Rat ausgearbeiteter Entwurf von Bestimmungen für die Erwerbslosenfürsorge vor.

Vizepräsident Waedt teilte mit, daß die Vorlage sofort behandelt werden müsse, da sich bereits viele Erwerbslose bei der Stadt gemeldet hätten und Vorschüsse erhalten haben. Der Rat ergreife sofort Maßnahmen, um die Erwerbslosenfürsorge für die im Ortsgesetz ausgearbeitet, das, wie Stadtrat Siegler eingehend erläuterte, sich im großen Ganzen streng an die Bestimmungen dieses Gesetzes hält. (Es muß hier selbst festgestellt werden, daß der hiesige Pressen keine Abschriften des Entwurfes des Ortsgesetzes ausgegangen sind. Da es sich hier nur um zwei Exemplare handelt, so konnte die Herstellung derselben doch wahrhaftig keine Rolle spielen. Aber man muß immer wieder die betrübende Wahrnehmung machen, daß man die Presse übergeht, daß man nicht an sie denkt und nicht darauf bedacht ist, ihr ihre oft schwierige Aufgabe bei gegebener Gelegenheit ein wenig zu erleichtern. Wir möchten fast die Hoffnung aufgeben, daß in dieser Beziehung sobald ein Wandel zum Besseren eintreten wird. D. Schrift.)

Stadtrat Wauffe meinte, daß man ohne weiteres dem Entwurf zustimmen dürfe. Er wies darauf hin, daß der Kriegsunterstützungsausschuß bisher stets in großzügiger, vorbildlicher Weise in Unterstützungsfällen gearbeitet habe, jedoch von ihm Enabergleistungen nicht zu erwarten seien. Im übrigen begründete Redner die Beschlüsse des Ausschusses in Bezug auf den Entwurf eingehend. Sehr warm trat er für Erhöhung der Zuschüsse aus der Fürsorge an die Familienmitglieder ein. Vizepräsident Waedt ergänzte mit, daß von Reich- und Bundesstaaten 10/12 von den Gemeinden 2/12 der Kosten der Fürsorge getragen werden.

Auf Anfrage des Stadtrats Waedt wird mitgeteilt, daß das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge zunächst auf ein Jahr erlassen ist.

Stadtrat Siegler beantragte gewisse Änderungen der Unterstützungsregeln in Anlehnung an die Chemnitzer Satzung.

Bürgermeister Hofmann bat, es bei den Sätzen des Entwurfs zu belassen. Man werde versuchen, auf der bevorstehenden Konferenz der Gemeindevorsteher des Bezirks Schwarzenberg in die eine Einigung über die Höhe herbeizuführen. Stadtrat Siegler erklärte sich einverstanden.

Es wurden darauf ohne weitere Debatte die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge einstimmig angenommen.

Neues Waffengesetz.

Ein Klasse des Fabrikbesizers Hofmann wurde Privatmann Louis Feinze als Waffenschatz vorgeschlagen. Das Kollegium stimmte zu.

Der Wahlprüfungsausschuß.

In den nach dem Ortsgesetz für die Stadtverordnetenwahlen in die Wahlprüfungsausschuß wurden gewählt die Stadtrats Waedt, Gersch, Wauffe und Jettel.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung, die um 8 Uhr begonnen hatte, gegen 10 Uhr beendet. Es folgte eine geheime Sitzung.

**Kriegsbeschädigung.** Einj. Fritz C. D. N.iger von ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

**Recht und Pflichten der Frauen und Mädchen.** Die Revolution hat unseren deutschen Frauen und Mädchen über Nacht das Geschick, was für die sozialdemokratische Partei seit Jahrzehnten gekämpft hat ...

gegangenem Geld) oder nach Versicherungen entrichten konnte, so läßt auch das neue Umsatzsteuergesetz die Wahl, entweder nach den vereinbarten Entgelten oder nach den bewirkten Leistungen zu steuern. Die letztere Besteuerungsart setzt voraus, daß es sich um Großbetriebe mit einwandfreier Buchführung handelt, und daß die Oberbehörde diesen Besteuerungsmodus genehmigt hat. Firmen, die bisher nach Leistungen besteuert wurden, können nach dieser Art entrichten wollen, müssen deshalb schnellstmöglich um Genehmigung hierzu beim Umsatzsteueramt nachsuchen.

**Theater, Konzerte, Veranstaltungen.**

**Konzert in der Friedenskirche.** Ein feierlicher musikalischer Genuß steht uns bevor: am Sonntag den 15. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, wird in der Friedenskirche aus-geführt das berühmte Leipziger Soliquartett unter Professor Röhlig ein Konzert geben, dessen Vortragsfolge völlig auf die Advents- (Weihnachts-) Zeit abgestimmt ist. Es kommen ausserordentliche Chöre aus dem 15. bis 18. Jahrhundert und daneben auch moderne Kompositionen zu Gehör. Bei der Meisterhaft, mit welcher gerade das Leipziger Soliquartett solche Gesänge wiedergeben vermag, wird man mit einer Stunde der edelsten Zubereitung rechnen dürfen. Man versäume daher nicht, das Konzert zu besuchen, da die Leipziger sehr selten Gäste bei uns sind.

**Freiberg, 11. Dezember.** Der Soldatenrat der Garnison Freiberg und Umgegend nahm folgende Entschliessung an: Der Soldatenrat lehnt mit aller Entschiedenheit die Politik der Spartakusgruppe und ihres hiesigen Organs, „Die rote Fahne“, ab, weil diese nur geeignet ist, die sozialistische Republik zu diskreditieren und den ruhigen Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsform zu erschweren.

**Angestelltenversammlung in Aue.**

Die Tage der Angestellten während der wirtschaftlichen Niedergangzeit zählt mit zu den schwersten Problemen, welche die auf einen kurzen Zeitraum zusammengebrachte Demobilisation unserer Heere herbeigeführt hat. Hunderttausende von Angestellten fluten mit den Armen in die Heimat zurück, wo es für sie gilt, möglichst ohne jedweden Hilfszustand in eine Stellung einzurücken, die ihnen bei Erfüllung der auferlegten Pflichten Gewähr für ihr Fortkommen bietet. Welche Schwierigkeiten das verursacht, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige ungenügende, allgemein-wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber, liegt klar auf der Hand. Um den Interessen dieser Arbeiter möglichst zu entsprechen, hatte der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirks Aue, für gestern, Donnerstagabend, eine Angestellten-Versammlung nach dem Saale des Hotels „Stadtpost“ einberufen, die von den Handlungsgehilfen- und -Schülern, Kontor- und Verkaufspersonal unserer Stadt sehr gut besucht war. In der Zahl der Besucher hielt das weibliche Geschlecht den männlichen gegenüber zum mindesten das Gleichgewicht. Die anderen Beiliehenden, die in Aue bestanden, waren sämtlich durch einige ihrer Mitarbeiter vertreten. Der Vorsitzende des einberufenden hiesigen Bezirksverbandes, Herr Otto Vogel, eröffnete die Versammlung mit einem Willkommensgruß und erstellte das Wort dem Referenten des Abends, Herrn Georg Bankgraf aus Chemnitz, zu seinem Vortrag mit dem Thema:

Wie wird sich die Lage der Angestellten während der Lebens-gangzeit gestalten? — Was ist zu tun?

Herr Bankgraf schilderte eingangs seiner Ausführungen die Schicksale des Weltkrieges, dessen Folgen in Deutschland die Revolution war, welche die alten Mächte gestürzt und die U- und S-Mächte gebracht hat. Diese werden wieder zur Einstellung ihrer Tätigkeit kommen müssen, weil unsere Heinde sie nicht anerkennen wollen. So gilt jetzt für die deutsche Arbeiterschaft, und zu dieser zählen auch die Angestellten, den Bolschewismus zu erwidern, der dem Frieden noch im Wege steht, und die Ration-alisierung einzuübernehmen. Denn bekommen wir nicht bald den Frieden, dann geben wir einer dreifachen Welt entgegen: in wenigen Wochen steht Deutschland vor der Katastrophe einer furchtbaren Hungersnot. Um das zu vermeiden ist es notwendig, in kürzester Zeit den Frieden zu sichern. Aber auch dann noch bildet die wirtschaftliche Lebens-gangzeit für alle Arbeiter eine schreckliche Zeit, weil es auch an Kohlen und Rohstoffen fehlt. So sind zehn Millionen Arbeiter erforderlich für die Beschaffung der nötigen Rohstoffe und sechs Millionen für Lebensmittel.

Während uns so viele Menschenleben im Kriege vernichtet worden sind, ist es nötig, jetzt schon Menschenleben zu schonen. Deshalb verlangen wir höhere Löhne bei kürzerer Arbeitszeit, um die Kraft der Arbeiter zu erhalten. Wir haben jetzt den Wochentag, die Arbeitszeit muß aber noch mehr verkürzt werden. Wir verlangen ferner den 8-12- und 12-12-Tag, einen arbeitsfreien halben Tag in der Woche, stilles Sonntagruhe, große Reichsunterstützung der Arbeiter. Denn ist es an der Zeit, diese Forderungen durchzuführen, bei Kriegesbeginn war es nicht möglich, bei Kriegsende darf das nun nicht veräumt werden. Die Dabre des Krieges waren für die Angestellten Dabre der Not, der größten Entbehrung, denn sie stehen zum großen Teil schlechter als die Industriearbeiter. Um eine Besserung der Lage der Angestellten herbeizuführen, gebietet ein fester Zusammenhalt derselben in der Organisation, ohne die große Bespottung, die jetzt besteht. Lehrer, Schlichter, Buchdrucker, Metallarbeiter, alle kennen sich durch ihre Organisation während des Krieges. Lohn- und Steuerungsklagen sichern, während das die Angestellten im Handel nicht immer vermochten. Der Angestellte muß auf Besserung seiner Lage besonders bedacht sein, weil er nicht Mitsprache der Kapitalgeber hat; infolgedessen hat er während des Krieges unter den Entbehrungsverhältnissen besonders schwer leiden müssen; Krankheit in erschreckendem Umfang unter den Angestellten ist davon die Folge. Das einzige Vermögen aber, über das der Angestellte verfügt, ist seine Arbeitskraft, die er sich erhalten muß. Und wenn ihm das bisher nicht immer gelungen ist, so liegt das zum großen Teile daran, daß er seinen Wert und seine Kraft nicht erkannt hat. Das dies endlich geschieht, ist es jetzt die höchste Zeit. Dann werden auch in Kürze die weiteren Erhebungsarbeiten, kulturellen Fortschritte erlangen werden.

Herr Bankgraf sprach dann die Ziele und bisherigen Erfolge des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen aus, die sich in der Vergangenheit und ferner für seine einflussreichen Darlegungen lebhaften Beifall. Nach kurzer Pause wurde die Aussprache eröffnet. Es meldete sich niemand zu Worte, weshalb der Vorsitzende die Auf-forderung ergab sich zu jedwem Beitritt zum Verbande. Darnach erfolgte aus der Versammlung heraus verschiedene Ausführungen über die Verhältnisse von Privatbeamten und Arbeitern, über die Frauenerwerbstätigkeit, die Angestellten mit Einkommensbegrenzung, Gewährung von Ferien durch die Arbeitgeber usw. Der Referent erwiderte darauf in einem

Schlusswort, nachdem eine Teilnehmerin an der Versammlung bereits in berechneten Worten das Recht der Frau auf Erwerb verteidigt hatte. Die Versammlung hatte damit ihr Ende erreicht.

**Letzte Drahtnachrichten.**

**Bedrohliche Kämpfe zur Einberufung des Reichstages.**

Berlin, 12. Dezbr. In einem von dem Reichstagspräsidenten Friedrich Ebert an die Reichstagsabgeordneten gerichteten Schreiben wird unter Hinweis auf die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde, die dahin lauten, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen, da die Rat der Zeit weiteres Zuzwängen verbiete, auch ohne Zustimmung der Regierung der Reichstag vorbehaltlich der Bestimmung von Ort und Zeit des Tagungsortes einzuberufen. Dieses Schreiben ist auch dem Räte der Volksbeauftragten mitgeteilt worden, die sich jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen, da die Rat der Zeit weiteres Zuzwängen verbiete, auch ohne Zustimmung der Regierung der Reichstag vorbehaltlich der Bestimmung von Ort und Zeit des Tagungsortes einzuberufen. Dieses Schreiben ist auch dem Räte der Volksbeauftragten mitgeteilt worden, die sich jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen, da die Rat der Zeit weiteres Zuzwängen verbiete, auch ohne Zustimmung der Regierung der Reichstag vorbehaltlich der Bestimmung von Ort und Zeit des Tagungsortes einzuberufen.

**Rheinisch-westfälische Prolegomena.**

Darmstadt, 11. Dezbr. Die Provinzialverwaltung der rheinisch-westfälischen Zentrumspartei hat eine Entschliessung über die von Köln angeregte Frage der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik angenommen, in welcher betont wird, daß die jetzigen Organe in Berlin wiederhergestellt werden, Ordnung und Sicherheit im Reich wiederherzustellen, und daß die von den Leitern des preussischen Kultusministeriums bei Beginn ihrer Tätigkeit angeforderten, der gesetzlichen Grundlage entsprechenden Anordnungen auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulwesen die heiligsten Gebote der Angehörigen der christlichen Kirche verletzen. Die Frage an sich sei noch nicht sprechbar. Es könnten indessen Verhältnisse eintreten, welche die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik wünschenswert machen, dann müssen aber möglichst alle Parteien herangezogen werden. Die Provinzialverwaltung verlangt die unverzügliche Wahl zur Reichsnationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung. Bis zum Zusammenrücken der Nationalversammlung sei der bestehende Reichstag, die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes, ohne Verzug einzuberufen. Sollte die Regierung nicht in kürzester Frist die Verbeistellung geordneter und gesetzlicher Zustände im Reich und in Preußen bewirken, so würde die Volksbewegung in festem Masse wachsen und zur Gründung einer westlichen Republik als deutscher Bundesstaat führen.

**An die Adresse Wilsons.**

Berlin, 12. Dezbr. Zum heutigen Eintreffen Wilsons in Paris schreibt die Morgenpost: Niemand, seit die Welt besteht, hat auf den Schultern eines Mannes eine Schwere, niemals aber auch eine ruhmvolle Aufgabe geliegen. An Wilson wird es liegen, seinen Grundgedanken für eine Neuordnung der Welt auch in seinen eigenen Gedanken und Nachsinn einberaumenden Bundesgenossen Geltung zu verschaffen. Doch wird sich erweisen, ob sein Wille so stark ist, wie die Kraft seiner Ideen. Dann können er der Helfer werden für die in Friedebäumen erschütterte Welt.

**Englands Weisheitslehre.**

Rotterdam, 11. Dezbr. Nach News Rotterdam's Courant fragt der Vassar Korrespondent der Daily News, Robert Dell, in einem Briefe, ob Lloyd George sich eigentlich seine erstaunlichen Reden über die Welt überlegt habe. Er habe erstens gesagt, daß die Dienstpflicht ganz von den Friedensbedingungen abhängt, was belegen will, daß England sie beibehalten will, wenn die anderen Länder nicht zustimmen, sie aufzugeben; zweitens daß er von allen Ländern fordern würde, ihre Dienstpflicht aufzugeben, daß England selbst nicht die Absicht habe, seine Flotte aufzugeben. Wie werden, sagt der Korrespondent, vielleicht inlands sein, unsere früheren Feinde dazu zu zwingen, die Dienstpflicht fallen zu lassen, kann aber jemand mit gesundem Verstand annehmen, daß unsere Verbündeten zustimmen werden, ihre Armeen aufzugeben, während wir unsere Flotte behalten? Dieser naive Vorschlag bedeutet einfach, daß jedes Land, mit Ausnahme von Großbritannien, abtreten solle. Der Vorschlag würde uns zu Herren der Welt machen, wenn die Vereinigten Staaten es nicht für gut halten, uns unsere Oberherrlichkeit streitig zu machen, was sie wahrscheinlich tun würden. In diesem Falle würden wir einem ruinösen Wettbewerb im Schiffbau die Stirn bieten müssen und es würden die Rüstungskosten schwerer werden als je.

Rotterdam, 12. Dezbr. Westminster Gazette schreibt: Die Leute, die ihren Wählern erklären, daß sie in dem neuen Parlament für die sofortige Aufhebung der Dienstpflicht stimmen werden, und ihnen versprechen, daß Deutschland eingezogen werden wird, alle Rechnungen der Allierten bis zum letzten Cent zu bezahlen, sind wertlose Demagogen. Ihre Politik würde eine militärische Besetzung Deutschlands auf viele Generationen hinaus und die Beibehaltung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern.

**Französische Barbarei.**

Berlin, 12. Dezbr. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Strassburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

**Wohnungsbeschwerden in der Ostsee.**

Wien, 11. Dezbr. Wie der Deutschen Allgemeine Zeitung aus Bremen berichtet wird, ist auf Anfrage von zuständigen Stelle in Berlin mitgeteilt worden, daß die deutschen und schwedischen Verhältnisse eine Erleichterung der engherzigen Wohnverhältnisse in der Ostsee erzwungen haben. Die deutsche Ausfuhr von Kohlen, Kalk und Salz nach Schweden wurde barmachungsfähig. Wenn anderer Export von und nach Schweden falls das System der Wirtschaftseinschränkungen eingeführt werden.

**Unberechtigte Unbaltnahme.**

Wien, 12. Dezbr. Auf eine von der Firma Krupp eingereichte Beschwerde über die Unbaltnahme eines Mitgliedes des Kruppischen Kartellums ist folgende Antwort eingegangen: Die Unbaltnahme als Mitglied können wir auf keinen Fall zurückgeben. Arbeiter- und Soldatenrat ist um Bericht ersucht. Reichsregierung Oberst.

**Die deutsche Waffenstillstandskommission in Wien.**

Wien, 12. Dezbr. Nach Wien ist gestern mittag mit etwa 40 Herren auf dem hiesigen Hauptbahnhof angekommen. Er fuhr jedoch in das Hotel zur Post, wo die deutsche Waffenstillstandskommission wohnt. Nachmittags wurde der Marschall nach dem Bahnhof zurück. Die die Bundesregierung meldet, ist auch der amerikanische General Pershing hier angekommen.

### Kirchennachrichten.

**St. Michael.**  
 Sonntag, den 15. Dezember 1918 (S. Advent) Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Runde. Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst der jüngeren Abteilung: Pfarrer Schmüller. Nachm. 7 Uhr Jugendgottesdienst des S. Bezirks: Pastor Runde. Abends 8 Uhr Abendkommunion, besonders für die heimgekehrten Arbeiter und ihre Angehörigen: Pastor Dertel. Abends 9 Uhr Jungfrauenverein, abends 8 Uhr Jünglings- und Männerverein. — Dienstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr Advent- und Weihnachtsgottesdienst in Auerhammer: Pastor Runde. — Mittwoch, den 18. Dezember, abends 8 Uhr Advent- und Weihnachtsgottesdienst, im Anschluß daran Kommunion: Pfarrer Schmüller. — **Wohlfahrt.**  
 8. Adventssonntag, 1/8 Uhr: Weichte und Abendmahl. 9 Uhr: Hauptgottesdienst, 11 Uhr: Abt. Unterredung. 1/8 Uhr: Abt. Konv. vom nächsten Quartett-Beispiel. — Mittwoch, den 18. Dez., abends 8 Uhr: dritte Adventsabend. Weichte und Abendmahl. — Freitag, den 19. Dez., pünktlich 8 Uhr: Abt. Unterredung. — **Wohlfahrt.**  
 Sonntag vorm. 8 Uhr Gottesdienst und Feiertag des heiligen Abendmahls. — Dreißiger Mattheus aus Chemnitz. 1/11 Uhr Sonntagsschule. Abends 7 Uhr Hauptgottesdienst, anschließend: Neuaufnahme in die Gemeinde: Dreißiger Mattheus. — Freitag abends 1/8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. — **Wohlfahrt.**  
 18. Dezember: Früh von 8 Uhr an hl. Weichte. 9 Uhr: Hochamt mit ausgelegtem Allerheiligsten und gemeinsamer Gemeindegemeinschaft zur Erlangung des inneren Friedens. 8 Uhr: Andacht.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt:  
 Paul Selbmann. — Druck und Verlag:  
 Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. B. G.

### Kunst und Wissenschaft.

Die **Städtische Kunst- u. Wissenschafts-Kommission** hat beschlossen, das **Städtische Museum** vom 1. Januar 1919/20 anzuverwandeln, für zwei Jahre einem **Künstler** zu überlassen, der es in den Dienst der **Städtischen Kunst** stellen soll.

### Ämliche Bekanntmachungen.

#### Pferdefleischverkauf

bei Georg Brause, Schneebergerstr., Sonnabend, den 14. Dez. vormittag 9 bis 12 Uhr für die Nummern 9886 bis 11666. Auf den Abschnitt D 1/4 Pfund. Aue, den 13. Dez. 1918. Der Rat der Stadt.

# Öffentliche Frauen-Versammlung

im „Bürgergarten“ zu Aue  
 Freitag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.

## „Die Frau in der Politik“.

Referent; Schriftsteller **Paul L. Fuhrmann.**  
 Wahlberechtigte Frauen und Mädchen aller Stände sind dringend aufgefordert, zu erscheinen.  
 Einberuferinnen: **Eise Haupt, Helene Höhne, Käthe Lindner, Johanne Martin, Helene Windisch.**  
 Männer haben als Gäste Zutritt. — Eintritt frei.

# Beamte, Lehrer u. Arbeiter im öffentlichen Dienste!

Am Sonntag, den 15. Dezember 1918, nachm. 1/6 Uhr findet in Aue, Hotel Blauer Engel

## eine Versammlung

aller Beamten, Lehrer u. Arbeiter im öffentl. Dienste statt. Herr Oberpostsekretär Rausch aus Chemnitz wird sprechen über **Die Neuordnung in Deutschland u. die Beamtschaft.**

Die Versammlung soll eine Massenkundgebung aller beteiligten Beamtengruppen werden. Es ergeht daher an Alle der dringende Ruf: **„Zur Versammlung“.**

Es ist wünschenswert, daß sich auch die Frauen mit einfinden.  
**Der Beamtensverein Aue.**

# Kirchen-Konzert

zum Besten des Frauenvereins Zelle mit Niederpfannentier in der Friedenskirche Aue

Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 1/2 6 Uhr ausgeführt vom Soloquartett für Kirchengesang Prof. Röthig-Leipzig.

**Weihnachten!**  
 Auf der Weihnachtswarte. Unterm Weihnachtsstern. An der Weihnachtstreppe.  
 Preise: 1. u. 2. Reihe, Schiff, Emporen u. Chor 2 Mk., 3. bis 6. Reihe 1 Mk., sonst 50 Pfg., Seitenschiff 30 Pfg. Um zahlreichen Besuch bittet **der Frauenverein.**

3 Rosen Sonnabend 14. Dez. Or. II. 7 Uhr Hauptversammlung.

# Naturheilverein I. E. V. Aue.

Monatsversammlung im Hotel Stadtpark morgen Sonnabend, den 14. Dezbr., abends 8 Uhr. **Kamit** als Drogenmittel kann noch, so weit Vorrat reicht, abgegeben werden.  
 Der Vorstand. H. Röhnschold.

# Arbeiter-Verein Aue u. Umg.

Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 1/3 5 Uhr im Restaurant Gambrius **Kassieren der Beiträge.**  
 Um zahlreichen Besuch hierzu bittet, weil das der letzte Samstag für 1918 ist, der Vorstand.

# Gasthof Auerhammer.

Sonntag nachmittag von 4 Uhr ab **starkbesetzte öffentliche Ballmusik,** wozu freundlichst einladet **Guldo Feder.**

**Centralhalle Nieder-Schlema.**  
 Sonntag, den 15. Dezbr., von 4 Uhr an **öffentliche Ballmusik.**

# Gasthof Kühler Abend, Aueroda.

Sonntag, d. 15. Dezember, nachm. von 4 Uhr an **feine öffentliche Ballmusik.** Hierzu ladet freundl. ein **Ernst Leichsening.**

# Geschäfts-Übernahme.

Einem geschätzten Publikum von Aue und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das Gasthaus **„Zur Lokomotive“**

von heute ab zur Bewirtschaftung übernommen habe. — Indem ich bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, versichere ich, daß ich der mich beehrenden Kundschaft stets bestens aufwarten werde.

Hochachtungsvoll **Diag Kästner und Frau.**

Vom Heeresdienst entlassen habe ich den Betrieb in meiner **Tischlerei- u. Tapezier-Werkstatt** wieder aufgenommen und bitte, das mir früher entgegengebrachte Wohlwollen auch fernschin zu bewahren.  
 Gleichzeitig empfehle ich mein grosses Lager **kompletter Wohnungs-Einrichtungen,** sowie aller Einzelstücke in Tischler- u. Polster-Möbeln.  
**Möbelhaus „Wohnungskunst“**  
**Albert Gebhardt,**  
 Schneebergerstr. 19 Aue Nähe der Post.

Meiner werten Kundschaft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein **Fleischerei-Geschäft** wieder eröffne und bitte bei nächster Neuankunft um gütige Berücksichtigung.  
**W. Schneider,**  
**Mittelstraße Nr. 18.**

**Gebr. Roffer** zu kaufen gesucht. Zu erf. im Auer Tageblatt.

Nach Rückkehr aus dem Felde nehme ich die Tätigkeit wieder auf.  
**Dr. Chilian**  
 Rechtsanwalt, AUE, Bahnhofstr. 9. Schreiber bzw. Kanzleiassistent gesucht.

Gesucht wird sofort ein tüchtiger, zuverlässiger **Techniker** mit langjährigen Erfahrungen in der Herstellung von Stanz- und Blechwerkzeugen für Schwarzblech, sowohl für Kalt- als auch Warmblech.  
 Angebote erbitten die **Brestowerte Metallgesellschaft Chemnitz.**

Zur **Beaufichtigung v. Erarbeiten** suchen wir zum sofortigen Antritt einen **tüchtigen Schachtmeister.**  
 Zu melden bei **Schweller-Arbeiterversorgung, Schwarzenberg i. Sa.**

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise inniger Liebe und Anteilnahme, die uns beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen **Marie verw. Thiele** zuteil geworden sind, sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus.  
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
 Aue, den 13. Dezember 1918.

**Verainigung ehemaliger Auer Realschulabiturienten.**  
 Sonnabend, den 14. Dez. abends punkt 8 Uhr **Versammlung** im Vereinsheim. Hochwichtige Tagesordnung. Erscheinung eines jeden unbedingt erforderlich.

**Panorama**  
 Aue, Ernst-Papst-Str. Diese Woche: **Leben und Treiben unserer Feldgrauen in Polen und der Bukowina.**  
 Zu dieser hochfeinen Serie gewähren ausnahmsweise **Preisermäßigung** und kostet der Eintritt **nur 40, Kinder 20 Pfg.** Freundlichst laden ein **D. Ullmann und Frau.**

**Zöpfe**  
 fertigt sauber und gut von bezuggebenen Garnen unter Garantie der Neuverfertigung **Stern & Gauger**  
 Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wörlitzerstr. 48 am Wörlitzplatz. Berechtigte amtliche Finanzkontrolle für Kriegswaffen.

Jüngere tüchtiger **Friseurgehilfe** für sofort gesucht.  
**Hermann Böhm**  
 Wörlitzerstr. 4.

**Material- oder Grünwarengeläut** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **Nr. 5681** an d. Auer Tagbl.

Zu verkaufen: **ein Blüschloß** mit eine zweifelhafte Bettstelle mit Matratze, beste Felebensware. Näheres zu erfragen im Auer Tageblatt.

Unterquartier **Kaufmannsladen** sowie **Puppe** zu verkaufen. Dreydenstr. 25, p.

**Frdl. Wohnung,** Stube und Kammer, von ruhigen kinderlosen Leuten sofort od. später zu mieten gesucht. Ang. u. N. 5655 an d. Auer Tagbl.

**Ein Schreibzeugdeckel,** Feuerwehmann, Wörlitzerstr. 8 verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben zur Belohnung abzugeben. **Wehrstr. 6, III.**

**Kleine Anzeigen** haben im **Auer Tageblatt** besten Erfolg.